

Nummer 131 Berliner Vörper-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Sonnabend, 17. März 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten für Manuskripte keine Derantwertung | Flugspport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen“ mit Roman | Anverlangt keine Manuskripte einfinden

Druckerei: Für den Handel Zentrum 2460 u. 2469, für Postamt, Kunst und Cokales Zentrum 2449, für die Expeditionen Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Schriftführer: Für den Handel Zentrum 2460 u. 2469, für Postamt, Kunst und Cokales Zentrum 2449, für die Expeditionen Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Lenkt Rußland ein?

Moskau, 16. März.
Der Beschluß, die Verhandlung gegen die Sabotage beschuldigten Personen beschleunigen zu führen, ist bereits vor dem Eintreffen des deutschen Kommissars erfolgt. Ammerich erklärt sich in Moskau für die Beschleunigung der Verhandlung, die Befreiung der beschuldigten Personen ist einmalig, und daß selbst die Stellung einer Kommission die Beschleunigung nicht ausreicht. Die Stimmung und die Lage erfordern Komplexität, das sind zweifelhafte Verträge im Gange, den deutschen Wünschen gerecht zu werden, unter der Voraussetzung allerdings, daß dies ohne Rechtsverstoß möglich ist.

TU Sotschi, 16. März.
Wie aus Moskau gemeldet wird, beschließt die Sowjetregierung unabhängig vom Schritte der Reichsregierung und den Schritten des deutschen Vizekonsuls in Moskau, der Reichsregierung eine entsprechende Erklärung über die Beschaffung

der Ingenieure zu geben. Die Erklärung soll bereits am Sonnabend oder spätestens am Sonntag überreicht werden.
Wie weiter gemeldet wird, begibt sich der oberste Staatsanwalt Krawtchuk nach Rostow, um die beschuldigten deutschen Ingenieure zu verhören. Dem Vernehmen nach haben die Behörden dem Direktor der A.G. die Erlaubnis erteilt, eine Besprechung mit den verhafteten Angehörigen der A.G. bisher noch immer nicht gestattet.

Ein englisches Kommentar.

EP London, 16. März.
Die vorläufige Unterredung der deutsch-russischen Handelsdelegation findet in England besondere Aufmerksamkeit. „The Times“ führt die öffentliche Meinung der Deutschen mit der Ansicht der russischen Regierung zu erklären, die Öffentlichkeit in England auf einen Zusammenhang der Verhandlungen aufmerksam zu machen. Es sei lang unverständlich, daß sich Rußland gerade den gegenwärtigen Augenblick, wo es dringend der Kreditbedürftigkeit, in den Verhandlungen gegen deutsche Ingenieure ausgesetzt habe.

Politik und Orden.

Einige Tage nach seiner Abreise hat, wie man jetzt hört, der König von Afghanistan durch die hiesigen afghanischen Gesandten dem Reichspräsidenten v. Hindenburg und dem Reichsminister Dr. Brüning den höchsten afghanischen Orden Amir-e-Milla sowie den höchsten Orden der Ehrenlegion zur Erinnerung an seine Deutscherlei überreicht. Am 16. März hat der Reichspräsident dem König von Afghanistan durch die hiesigen afghanischen Gesandten dem Reichspräsidenten v. Hindenburg und dem Reichsminister Dr. Brüning den höchsten afghanischen Orden Amir-e-Milla sowie den höchsten Orden der Ehrenlegion zur Erinnerung an seine Deutscherlei überreicht. Am 16. März hat der Reichspräsident dem König von Afghanistan durch die hiesigen afghanischen Gesandten dem Reichspräsidenten v. Hindenburg und dem Reichsminister Dr. Brüning den höchsten afghanischen Orden Amir-e-Milla sowie den höchsten Orden der Ehrenlegion zur Erinnerung an seine Deutscherlei überreicht.

will, den Gesetzen der internationalen Höflichkeit nicht entsprechen. Dazu gehört die Entgegennahme ausländischer Orden. In Wien sind ja die reichsdeutschen Vertreter im vorigen Jahr in die gleiche Lage gekommen. Solche Fälle seien im Hinblick auf die internationalen Höflichkeit politisch-ethisch eine Verletzung der Höflichkeit, die es dem Reichspräsidenten, dem Reichsminister oder sonstigen Vertretern des Deutschen Reiches auszusagen zur Pflicht machen will, gegen fremde Fürsten, Regierungen und Völker unerschrocken zu sein und dadurch die Interessen des eigenen Volkes zu verteidigen. — nur weil es gute Revolutionsmänner war und ist, das Tragen von Orden (unter Umständen Schlagen von Orden) als „Kampfmittel“ usw. als Entschuldigungen der „Reaktion“ zu betrachten.
Der Reichstag hat sich im Sinne seines Berliner Verordnungs, des „Reichsrechts“, der sich wohl ein drittesmal über den afghanischen Beschluß nicht gemacht hat, nur das demokratische Reichspräsidenten Vize geleitet. Auch hat der afghanische Gesandte die Ehreung seines Herrschers in Form seines Ordens und des roten Dergamaschales angetragen. Herr Vize hat aber beides abgelehnt. Er hat statt für die internationale Höflichkeit für die Unabhängigkeit der Internationalen entschieden. Er hat es aber gesagt, daß den vollen Anteil seiner Parteifreunde über den Kopf zu ziehen und dem afghanischen Gesandten einen Affront zu tun werden zu lassen. Er hat einen Vorwand jener „Aufschiebung“ marxistischer Geschichtsschreiber gegeben, die die Sozialdemokratie an der Spitze der nächsten Reichsregierung zu gern treiben möchte.

Zum Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen.

Wie nicht anders zu erwarten, hat die Reichsregierung die einzig möglichen Konsequenzen aus der durch die Beschaffung der deutschen Ingenieure und Techniker im Donez-Gebiet geschaffenen Situation (die sich durch das mehr als eigenartige Verhalten der Sowjetregierung bei den diplomatischen Verhandlungen über diese Angelegenheit noch mehr gesteigert hat) gezogen und den Beschluß gefaßt, die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen „auf weiteres anzusetzen“. Dieser in hiesiger Berichterstattung gefaßte Beschluß bedeutet offensichtlich nicht mehr als einen endgültigen Abbruch der am 11. Februar begonnenen deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen. Er ist es doch so gut wie unabweislich, daß die von der russischen Staatsverwaltung erhobenen schweren Beschuldigungen gegen die deutschen Ingenieure und Techniker auf tatsächliche Verhältnisse beruhen, da es sich um Vertreter von deutschen Firmen, wie der A.G. handelt, die schon seit Jahren Geschäfte mit und in Sowjetrußland tätigen, die sich doch bisher reibungslos abgewickelt haben. Auch tragen die russischen Beschuldigungen in Verbindung mit „Sachverhalte“ feilschen der deutschen Firmenvertreter von vornherein den Charakter der Unklartheitsklärung und von propagandistischen Schlagworten, die dazu bestimmt sind, der eigenen Unfähigkeit der russischen Industriekreise, den wirtschaftlichen Aufbau durchzuführen, gegenüber der Arbeiterklasse ein Wankbild einzuschleichen.

Angesichts dieser Sachlage ist es wenig wahrscheinlich, daß die Angelegenheit in Kürze in einer für das deutsche Reich günstigen Weise aus der Welt geschafft wird. Die Gefahr ist durch das Anschließt auf ein in internationaler Hinsicht verhängnisvolles Vorgehen der Sowjetregierung eine Sachlage geschaffen worden, durch die die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen auf das schwerste gefährdet worden sind. Unter diesen Umständen ist wohl auch an eine baldige Wiederaufnahme der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen nicht zu denken, und die von einer russischen amtlichen Stelle ausgehende Information, daß die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland bereits im Mai bzw. im Juni wieder aufgenommen werden sollen, ist daher kaum ernst zu nehmen. Allerdings werden schon vor einiger Zeit Gespräche darüber fortgesetzt, daß man russischerseits — nachdem es sich herausgestellt hat, daß die russischen Kredit- und Zollmängel auf deutscher Seite keine Gegenstände finden — die Verhandlungen noch einige Zeit pro forma weiterführen würde, um sie im gegebenen Moment auf die Gemeinschaft zu übertragen. Wie es sich, fallen die Russen dabei die der Erwähnung ausgegangen sein, daß die bevorstehenden Verhandlungen einen Versuch bringen würden und daß eine russische Regierung in Deutschland den russischen Wünschen nach entgegenkommen, insbesondere für Rollnährstoffe auf landwirtschaftliche Produkte, seien würde. Doch der gegenwärtige Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen durch die Verhaftung der deutschen Ingenieure von den Russen beschließt ge-

Sicherheit und Abrüstung.

Erklärungen Litwinows und Graf Bernstorffs.

TU Genf, 16. März.
Zu Beginn der heutigen Sitzung der Abrüstungs-Kommission erhaltete der griechische Delegierte Litwinow einen kurzen Bericht über die Ergebnisse der Arbeiten des Sicherheitsausschusses. Als der Präsident, da keine Wortmeldungen vorlagen, diesen ersten Punkt der Tagesordnung als erledigt erklärte, ergriff der sowjetische Delegierte Litwinow das Wort und erklärte, er wolle nicht, daß sein Stillschweigen als Zustimmung der Kommission für die Sicherheit der Abrüstung angesehen werden würde. Er erklärte, daß die Lösung des Problems der Abrüstung von der Sicherheit der Abrüstung abhängig sei. Die Abrüstungskommission müsse sich ihre Hauptaufgabe lösen, einen Weg für die allgemeine vollständige Abrüstung zu finden.
Der Erklärung Litwinows trat Johann der griechische Delegierte entgegen. Er erklärte, daß die beiden Themen Sicherheit und Abrüstung in Zusammenhang eine neue Formulierung gefunden werden müßte, nach der Sicherheit und Abrüstung ein und dasselbe seien und gefördert werden müßten. (1) Diese Behauptung ist aber allem Zweifel an und müßte eindeutig erfolgen. Litwinow habe den Bericht des Sicherheitsausschusses nicht genügend geprüft, sonst hätte er nicht

erklären können, daß die regionalen Sicherheitspakte zu einer Gefährdung des Friedens führten.
Der französische Delegierte Graf Bernstorff erklärte, die französische Delegation sei mit den Grundsätzen der Abrüstung des Sicherheitsausschusses zufrieden. Er erklärte, daß die Abrüstung ein Mittel für die allgemeine Sicherheit und den Frieden wäre.
Dann ergriff Graf Bernstorff das Wort und wies auf die unvollständige Natur des Berichts des Sicherheitsausschusses hin, in dem auf den großen Wert der Sicherheitsgarantien des Völkerbundes nicht aufmerksam gemacht wurde. Die Bestimmungen des Statuts gemeinsam mit dem entsprechenden Sicherheitsgarantien des Völkerbundes sowie der übrigen Sicherheitsverträge seien ein neues weltweites Komitee für die allgemeine Sicherheit. Die Feststellung Bernstorffs, nach der Abrüstung und Sicherheit eng miteinander zusammenhängen und gemeinsam gefördert werden müßten, ist von größter Bedeutung. Auf dem Gebiet der Sicherheit sei bereits wesentliches geleistet worden. Jetzt müßte der erste Schritt zu der allgemeinen Abrüstung getan werden, der bisher noch nicht erfolgt sei. Er hob hervor, daß dieser erste Schritt zur Abrüstung bald vorgenommen werden müßte.
Dann wurde die Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung abgeschlossen. Der Präsident legte dem Ausschuss den Entwurf einer Entschließung vor, in dem die Abrüstungskommission mit Befriedigung von den Ergebnissen der Arbeiten des Sicherheitsausschusses Kenntnis nimmt. Die Entschließung über die Abrüstung wurde auf eine weitere Sitzung vertagt. Sodann teilte der Präsident mit, daß nach dem Eintreffen des türkischen Außenministers am Sonntagabend die Debatte über die sowjetrussischen Abrüstungsbedingungen als zweiter Punkt der Tagesordnung in der Montag-Tagung fortgesetzt begonnen werden würde.

Neue Währung.

Ein inoffizieller Berliner Spätkursbericht benutzte die Gelegenheit der Abreise des Königs von Afghanistan nach Berlin, um ihm nach Berlin und Genf vorzutreten, was der deutschen Republik sein Recht gebietet hat.
Da braucht der Berliner Leser zu wissen, daß die deutsche Währung im März 1928, ein Stück Studien extra 0,20 Mark, Wert übersteigt nach Belieben.
Der Vergleich zwischen Gold und Silber war aber Haupt ausfallender werden. Daher wird Präsident nach dem Entschlußungsamt nicht mit Unrecht getabelt, dadurch hervorgerufenen Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen liegen jedoch nicht nur in einer Erhöhung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen, sondern sie dürften nicht weniger deutlich für Rußland in Bezug auf das übrige Ausland in Erscheinung treten. Es hat nicht zu vergessen, daß die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen insbesondere in Amerika, Frankreich und selbst zuletzt in England mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt wurden, da die Erfahrungen, die Deutschland in russischen Geschäft macht, gerade in der letzten Zeit maßgebend für die Beurteilung der Aussichten der Wirtschaftsmöglichkeit mit Rußland in der ganzen übrigen Welt gewesen sind. In diesem Zusammenhang stehen die sich neuerdings bemerkbar machenden Wechselkursanomalien, die eine Grundfrage für ein gemeinsames Zusammengehen mit Deutschland in russischen Wirtschaft zu finden. Durch das russische Vorgehen wird Deutschland nicht nur ganz unmittelbar in eine Abwehrfront gegen Rußland getrieben, sondern die Russen haben es sich selbst zu bedanken, wenn ihre Stellung im internationalen Geschäft eine immer schwächerere wird.

wesen ist, ist daher nicht von der Hand zu weisen, um nicht nachher sagen zu können, daß man russischerseits zu verschiedenen Gelegenheiten bereit gewesen ist, die durch den russischen Abbruch der Verhandlungen durch die deutsche Regierung hervorgerufenen Schwierigkeiten zu beseitigen. Wie dem auch sei, das russische Vorgehen hat bei allen Parteien die gleiche Empörung hervorgerufen die größte Erregung hervorgerufen. War der Abbruch in der Berliner Verhandlung zwischen der deutschen und russischen Regierung die wachsende Unzufriedenheit wichtiger Kreise der deutschen Wirtschaft über die unbedingte Entwidlung des deutsch-russischen Geschäfts nach dem 300-Millionen-Kredit im vergangenen Jahr sowie über die Vermeidung der am russischen Geschäft beteiligten deutschen Kaufleute und Industriellen durch die von sowjetrussischer Seite befohlene Abschaffung der Bestimmungen der deutsch-russischen Vertrag vom 12. Oktober 1926, so muß der durch die Abschaffung des deutschen Angelerne der russischen Wirtschaft der Wirtschaftsverhandlungen eine noch größere Zurückhaltung deutscherseits gegenüber dem russischen Geschäft bedingen.
Nicht gerade ermutigt für eine weitere Fortsetzung der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen sind auch die

deutschseits bei den Verhandlungen gemachten Erfahrungen, die bei den notwendigen Kommissionsbesprechungen irgendwelche positive Ergebnisse nicht erzielt haben, da es sich sehr bald zeigte, daß russischerseits der Schwerpunkt auf die Frage neuer, sehr erheblicher Kredite gelegt wurde. Bekanntlich wurden dabei von der bisherigen Regierung der deutschen Kreditinstitutionen für das Auslandsgeschäft hinausgewiesen, wie z. B. ein neuer, langfristiger Kredit in Höhe von 600 Millionen Mark, Aufnahme einer russischen Anleihe in Deutschland, Zulassung sowjetrussischer Anleihen zur Notierung an der Berliner Börse usw. Desgleichen wurden von den russischen Unternehmern sehr weitgehende Forderungen in Bezug auf Ermäßigung der deutschen Einfuhrzölle auf sowjetrussische landwirtschaftliche Produkte, Abschluß einer neuen Handelskonvention u. a. m. zur Sprache gebracht, während man russischerseits hinsichtlich der von der deutschen Wirtschaft gewünschten Wünsche zu keinen nennenswerten Zugeständnissen bereit war. Bei diesen russischen Verhandlungsmethoden war es natürlich für die deutschen Unternehmer äußerst schwierig, zu positiven Ergebnissen zu kommen.
Die Rückschlüsse des russischen Vorgehens gegenüber den deutschen Firmenvertretern in Rußland und des

Wolfram Doellen.